estfalia,
Verein
kath. Kaufleute
und Beamte.
8. Februar,
/9 Uhr:
trag
ssistenten Angenet
Wes l
Scheckverkehr.
aufleute sehr wich-
ten wir auch die
der um zahlreiches
r Vorstand.
mmer wieder braucht
ppen, Haaraus-
öpfigkeit das natür-
ste, überall eingef.
ner Häusler's
ssel-Spiritus
Pf, 1,50 u. 3 Mk.
„Wendelsteiner"
à Mk. 0,50, Alpina-
k. 1,50, Brennessel-
0,50, Pomade à
lpenblumensommer-
ne Mk 2,—.
nd schleunigst
Drogerien, und Par-
rogerie Geschwister
Steiner, Apoth.
oth. M. Köhlau.
rr Apotheker!
n zu meiner größten
, daß ich vollständig
on dem großartigen
ich beim Gebrauch
Ihrer Rino-Heil-
ckene Flechten hatte.
Sie noch eine Dose.
oh. Sauer.
5. 06.
lde wird mit Erfolg
Flechten und Haut-
und ist in Dosen à
2.25 in den Apotheken
nur echt in Original-
lin-rot und Firma
Weinböhla-Dresden.
weise man zurück.
usfall!
gt unfehlbar das
öl „Bodin"! Es
sammetweich, gibt
ppiges Aussehen.
r. Steiner, Drog.
rmangel
h das Spezialgeschäft
on
Tiefbohrungen
Viersen, Rhld.
. 1899.
Fällen noch möglich,
geführte Arbeiten
Feststellungen bisher
Aufführung moderner
Sulfometer-Anlagen.
Zeichnungen, Besuche
los.
agen-Bittern
. Arp, Kiel
t ersten Preisen.
nregender und ver-
r Kräuterbittern von
hlgeschmack. (Siehe
Zu haben bei:
Hotel Steiner.
geehrten Herrschaften
gegend zum Ankauf
g und Umzug zurück-
nd Schuhen
erden alte Möbel
e. Eigener,
Kreuzstraße.
gen können per Post-
ben.
Freibank
den 4. d. Mts., von
s ab rohes Rind-
furd) zu haben.
Tot
gegen Ratten.
wirkend.
r Schmelnck,
tend 656.
Belohnung
cher mir den Täter,
tlich das Eisengitter
beschädigt, so zur
das er gerichtlich be-
r. Beckmann,
Kaiserstr. 14.
leidigung,
er Restauration der
ogenkamp, hier, über
Wilting ausgesprochen
hiermit mit dem Aus-
auerns als unwahr
Januar 1909.
on Niessing.
uen Esch, Nr. 19

Bocholter Volksblatt

Amtlicher Anzeiger der Stadt Bocholt und benachbarter Orte.

Erscheint wöchentlich 7 mal. Der Samstags-Nummer werden das vierseitige Sonntägliche Unterhaltungsblatt" und das achtseitige illustrierte Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen" gratis beigelegt. Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. oder vierteljährlich durch die Zeitungsboten ins Haus gebracht oder von der Expedition abgeholt 1,50 Mk., von der Post abgeholt 1,50 Mk., durch den Postboten ins Haus gebracht 1,62

Organ der Zentrumspartei.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Redakteur Joseph Weber in Bocholt.

Fernsprecher Nr. 92.

Anzeigen kosten für Einheimische (Bocholt und Rhede) die Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., für Auswärtige 15 Pfg. Bei größeren Anzeigen und Wiederholungen derselben gewähren wir entsprechenden Rabatt. Anzeigen-Annahme jedesmal bis nachmittags 5 Uhr vor Ausgabe der betr. Nummer. Größere Anzeigen wolle man uns jedoch möglichst vormittags übermitteln. — Reklamen kosten pro Petitzeile 40 Pfg.

Anzeigen-Annahme für Rhede und Umgegend bei J. G. Hams.

Nr. 32. Druck und Verlag von J. & B. Nieesing in Bocholt. Donnerstag, 4 Februar 1909. Für den Reklamen- und Anzeigenteil verantwortlich: B. Niessing in Bocholt. 39. Jahrgang

Das neue Volksschullehrerbesoldungsgesetz und die preußischen Städte.

Wir werden um die Aufnahme nachfolgenden Artikels gebeten:

Am 21. Januar tagte in Hannover eine Versammlung der Vertreter der Stadt- und Landgemeinden der Provinz Hannover, um gegen die Kommissionsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses zur Novelle des Volksschulunterhaltungsgesetzes Stellung zu nehmen. Man richtete eine Petition an das Abgeordnetenhaus und arbeitete eine Denkschrift aus, in der Hoffnung, daß das Abgeordnetenhaus die Kommissionsbeschlüsse noch in letzter Stunde ablehnt, oder daß das Herrenhaus seine Zustimmung versagen wird. Die Denkschrift enthält folgende Ausführungen:

Der Entwurf des Gesetzes zur Abänderung des Lehrerbesoldungsgesetzes, der vor Weihnachten das Plenum und die XI. Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt hat, hat sich zum Ziel gesetzt, den preußischen Volksschullehrern ein ihrer Vorbildung, ihren Leistungen und der Bedeutung ihres Standes entsprechendes, für die ganze Monarchie möglichst gleiches Einkommen zu gewähren, um dadurch die seit langen Jahren im Volksschullehrerstande herrschende Unruhe und Unzufriedenheit zu beseitigen. Jeder rechtlichdenkende Staatsbürger, der mit der Lehrerbesoldung einigermaßen vertraut ist, wird diese Tendenz des neuen Gesetzentwurfes nur billigen können und sein Erscheinen mit Freuden begrüßen, denn die Einkommensverhältnisse eines großen Teils unserer Volksschullehrer kann als ausreichend nicht anerkannt werden; auch müssen notwendiger Weise die großen Verschiedenheiten in der Besoldung bei gleicher Vorbildung und wesentlich gleicher Beschäftigung bei den Inhabern der schlechtdotierten Stellen Anlaß zu Vergleichen und Neid gegenüber ihren bessergestellten Kollegen geben. Ebenso werden auch die preußischen Kommunen gern bereit sein, innerhalb ihrer Leistungsfähigkeit zur wirtschaftlichen Besserstellung ihrer Lehrerschaft weitere Opfer zu bringen, umsomehr, da seitens des Staats der weitaus größte Teil der erforderlichen Mehraufwendungen übernommen wird.

Wenn man nun den Regierungsentwurf einer näheren Betrachtung unterzieht, so ergibt sich allerdings, daß die Gleichstellung sämtlicher Lehrer nur bei den Alterszulagen erreicht ist, indem diese allgemein auf 200 M. festgesetzt sind, während bei dem Grundgehalt durch die vorgesehenen Ortszulagen und bei der Mietsentschädigung durch verschiedene Abstufungen die örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden wie nach dem bisherigen Gesetze berücksichtigt sind.

In der Hauptsache bringt der Entwurf den Lehrern folgende Aufbesserungen:

1. Das Grundgehalt, das nach dem 97er Gesetze für Lehrer mindestens 900 und für Lehrerinnen mindestens 700 M. betragen mußte, ist nunmehr einheitlich für die ersteren auf 1350 und für die letzteren auf 1050 M. festgesetzt;
2. an Alterszulagen sollten früher den Lehrern mindestens 9 a 100 M. und den Lehrerinnen mindestens 9 a 80 M. gewährt werden, während jetzt gleichermaßen Beträge von 200 M. bezw. 150 M. in Aussicht genommen sind;
3. für die Mietsentschädigung bestand früher ein fester Mindestsatz nicht, jetzt ist derselbe auf 330 M. für Lehrer und auf 250 M. für Lehrerinnen festgesetzt. Beträge, die jedenfalls höher sind, als sie früher tatsächlich zum mindesten gezahlt wurden.

Nun ist allerdings richtig, daß tatsächlich kaum irgendwo ein Lehrer oder eine Lehrerin nur das gesetzliche Mindesteinkommen erhielt, ihre Bezüge sind wohl fast durchweg höher bemessen worden. Immerhin hat sich aber der gesetzliche Zustand durch den neuen Regierungsentwurf, wenn man die zumeist nicht wesentlich veränderte Mietsentschädigung außeracht läßt, für die Lehrer im Anfangsgehalt um 450 Mk., gleich 50% und im Endgehalt um 1350 Mk., gleich 75% und für die Lehrerinnen im Anfangsgehalt um 350 Mk., gleich 50% und im Endgehalt um 980 Mk., gleich ca. 70% verbessert, sodaß die Lehrer einschließlich der Mietsentschädigung jetzt ein Mindesteinkommen von 3480 Mk. und die Lehrerinnen ein solches von 2650 Mk. erreichen.

Der preußischen Lehrerschaft ist es nun abgelungen, die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vornahme weiterer Aufbesserungen zu veranlassen. Es ist deshalb in deren Beschlüssen vorgesehen, für die Lehrer das Grundgehalt um 50 Mark und 2 Alterszulagen um den gleichen Betrag zu erhöhen, während die Lehrerinnen unter Verschiebung des Grundgehalts und der drei ersten Alterszulagen, am Schluß 2 um 50 Mark erhöhte Alterszulagen erhalten sollen.

Aber wo ein Plus in den Ausgaben ist, da ist auch ein Plus in den Einnahmen erforderlich, und dies weitere Plus in den Einnahmen soll den großen und kleinen Städten aufgebürdet werden und zwar auf folgende Weise:

Nach dem 97er Gesetze wurde jeder Gemeinde mit nicht mehr als 25 Lehrstellen für den einzigen oder ersten Lehrer 500 Mk., für die übrigen Lehrer 300 Mk. und für die Lehrerinnen 150 Mk. als gesetzlicher Staatsbeitrag gewährt; dazu kamen noch die gesetzlichen Zuschüsse zur Alterszulagenkasse von 337 Mk. für die Lehrer und von 184 Mk. für die Lehrerinnen. Die größeren Gemeinden erhielten die gleichen Staatsbeiträge für 25 Lehrstellen und zwar innerhalb der Gesamtzahl von Stellen für so viel erste Lehrerstellen, andere Lehrerstellen und Lehrerinnenstellen als dem Verhältnis der Gesamtzahl dieser Stellen untereinander entspricht.

Dieser gesetzliche Zustand sollte durch den Regierungsentwurf aufrecht erhalten bleiben und nur dahin ergänzt werden, daß den kleinen Gemeinden mit mehr als 7 Lehrstellen außerdem ein weiterer Staatsbeitrag von 200 Mk. für die Lehrer und 100 Mk. für die Lehrerinnenstelle und ferner ein weiterer Zuschuß von 135 Mk. für die Lehrer und 70 Mk. für die Lehrerinnen zur Alterszulagenkasse gewährt werden sollte.

Die größeren Gemeinden mit mehr als sieben Lehrstellen sollten für die durch die Gehaltserhöhung erwachsende Mehrbelastung je nach Bedürftigkeit durch Ergänzungszuschüsse unterstützt werden.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses will nun sämtlichen Gemeinden mit mehr als 7 Lehrstellen die gesetzlichen Staatsbeiträge von 500 bezw. 300 bezw. 150 Mk., und ferner die gesetzlichen Zuschüsse zur Alterszulagenkasse von 337 Mk. bezw. 184 Mk. entziehen und ihnen nur nach der Bedürftigkeit zu bemessende Ergänzungszuschüsse gewähren, d. h. deutlicher ausgedrückt, den Gemeinden mit mehr als 7 Lehrstellen ein wohlerworbenes klagbares Recht nehmen und anstelle dessen eine dem Ermessen der Staatsregierung überlassene Beihülfe setzen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses wird sich durch diese tiefeinschneidenden Aenderungen gegenüber dem Regierungsentwurf, deren Tragweite sie sich wohl nicht bewußt gewesen ist, jedenfalls nicht den Dank der Städte und namentlich der mittleren und kleinen erwerben. Denn gerade die letzteren werden durch diese Maßnahme finanziell direkt auf den Kopf gestellt. Machte ihnen bisher schon die Aufbringung der Kosten für die Volksschulen unendliches Kopfzerbrechen, so wird jetzt dieser Zustand bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Konnten sie früher mit den zwar knapp bemessenen, festen Staatszuschüssen bei Aufstellung des Etats rechnen, so schweben diese wichtigsten Etatsposten vor der Hand in der Luft. Und dies Alles durch ein Gesetz, welches bereits mit dem 1. April 1908, d. h. also mit Beginn des jetzt ablaufenden Rechnungsjahres in Kraft treten soll. D. h. für eine Zeit, für die Mittel durch den Etat nicht bereitgestellt werden konnten und deshalb entweder durch Anleihen oder durch Verrechnung in dem bereits schwerbelasteten kommenden Rechnungsjahr gedeckt werden müssen.

Die Mitglieder der Kommission versuchen nun zwar die kleinen und deshalb meist bedürftigen Städte damit zu trösten, daß ihnen sicher das Bisherige gezahlt werden würde und daß sie sich vielleicht sogar nach den Kommissionsbeschlüssen besser stehen würden als nach der Regierungsvorlage. Das ist aber nur ein schlechter Trost und namentlich für diejenigen Gemeinden, die ihre Ergänzungszuschüsse, das bedeutet nach dem Kommissionsbeschluß, sowohl die bisherigen festen Staatsbeiträge wie auch die bisherigen auf Gesetz beruhenden Zuschüsse zur Alterszulagen von dem Kreisausschuß zugeteilt erhalten sollen. Denn selbst in diesen kleinen Verwaltungskörpern bestehen die Gegensätze zwischen Stadt und Land und bei der überwiegenden Zahl der ländlichen Mitglieder gegenüber den städtischen, können die Interessen der letzteren leicht zu Gunsten der ersteren benachteiligt werden, zumal da den Gemeinden gegen die Aufstellung des Verteilungsplans ein Rechtsmittel nicht gegeben ist.

Das System der alleinigen „Ergänzungszuschüsse" zeigt aber noch eine andere Kehrseite. Der Etat einer Stadt wird, und zwar je kleiner sie ist, umsomehr von den Ausgaben für die Volksschule beherrscht. Kommen die Städte in Bezug auf diesen Posten in die absolute Abhängigkeit von den Organen der Staatsregierung und zwar die kleinen in Abhängigkeit vom Kreisausschuß, so ist es mit ihrer Selbständigkeit vorbei. Man wird in dieser Beziehung nicht Anstand zu nehmen brauchen, sich offen dahin auszusprechen, daß die Aufhebung der festen Staatsbeiträge und deren Ersetzung durch die sogen. Ergänzungszuschüsse den tiefgehendsten Eingriff in die Selbstverwaltung der mittleren und kleinen Städte bedeutet, der seit langer Zeit durch ein preußisches Gesetz statuiert ist.

Hiergegen wird man uns einwenden, daß ja die Verteilung der Ergänzungszuschüsse durch den Kreisausschuß für die Gemeinden mit nicht mehr als 25 Lehrstellen nichts Neues sei, sondern daß dieser Modus bereits durch den § 19 ff. des Volksschulunterhaltungsgesetzes aus dem Jahre 1906 eingeführt sei, und daß Einwendungen gegen diesen Verteilungsmodus bereits vor dem Zustandekommen dieses Gesetzes hätten geltend gemacht werden müssen. Auch das ist nicht rich-

---

Der Erbe von Marstonhall.

Frei nach dem Englischen von Klara Rheinau.

Nachdruck verboten.

15(

Jede Teilnahme schien ihn jedoch zu belästigen, und mehr als einmal wies er ihre Frage nach seinem Befinden schroff zurück.

Lord Duberley und Herr Clavering setzten in geschäftsmäßiger Weise ihre Nachforschungen fort, und überall wurden ihre Fragen bereitwilligst beantwortet. Merkwürdigerweise hatte der alte Herr bei seinen Besuchen Lotti nicht zu Gesicht bekommen. Sie hielt sich stets bescheiden ferne, wenn die fremden Herren einkrafen, und er selbst schien die Existenz der Nichte Waldebus vergessen zu haben.

Bertas Herz erwärmte sich allmählig für den gütigen alten Herrn, der so freundlich über ihr dunkles Haar strich, und ihr wiederholt versicherte, daß er sich freuen würde, sie als seine Enkelin begrüßen zu können. Aber wenn sie allein auf ihrem Zimmer war, schüttelte sie ungläubig den Kopf.

„Es ist alles nur Täuschung, wenn es nichts Schlimmeres ist", sagte sie sich. „Ich weiß selbst nicht, warum ich auf einmal nicht mehr daran glauben kann. Ich bin so wenig seine Enkelin, als der Königin Tochter. Ich will nur sehen, was die Sache für ein Ende nimmt."

Auch Herrn Clavering stiegen ernste Zweifel auf und als Lord Duberly ihn fragte, was er von der Sache halte, ob er nicht meine, daß alles in Ordnung sei, entgegnete er erst:

„Ich kann nicht sagen warum, aber ich glaube, daß Sie in irgend einer Weise hintergangen werden. Handeln Sie nicht voreilig, Mylord."

„Das liegt mir fern. Aber das Mädchen gefällt mir, und ich wünsche, daß sie meines Sohnes Kind sei."

„Ich glaube nicht, daß sie es ist, und sie selbst teilt meine Ansicht."

„Was bringt Sie auf diesen Gedanken?"

„Ein Etwas in ihrem Tun und Reden. An einem Betrug beteiligt ist sie nicht, aber sie hat keinen Glauben an ihr gutes Glück."

„Sie sind schwer zu überzeugen. Ich bin meiner Sache fast sicher."

„Ich kenne Herrn Waldeon, Mylord, und Sie kennen ihn nicht", war die ruhige Entgegnung. „Ich habe keinen Grund, ihn direkt anzuklagen, aber an Ihrer Stelle würde ich seine Aussage mit größter Vorsicht hinnehmen."

Allein trotz Herrn Claverings Zweifel und Warnungen schienen sich die einzelnen Glieder der Beweiskette so vollständig aneinanderzureihen, daß Herr Duberly seinen Entschluß gerechtfertigt fühlte, Berta ihrer bescheidenen Stellung zu entziehen und sie einem feinen Pensionat zu ihrer weiteren Ausbildung anzuvertrauen.

So kam es, daß die Bewohner von Easton morgens gleichzeitig zwei Neuigkeiten erfuhren, die sie in nicht geringe Erregung versetzten: Frau Field war des Nachts plötzlich gestorben und einer der fremden Herren hatte sich als Berta Reids Großvater entpuppt und die Enkelin in das beste Pensionat von ganz Somersetshire gebracht, damit sie hier zu einer Lady herangebildet werde.

10.

Nach Bertas Weggehen fühlte Lotti sich sehr vereinsamt, um so mehr, da sie auch Hugo seit dem Tode seiner Mutter viel seltener sah als zuvor. Er hatte Familienangelegenheiten zu ordnen, die häufig kleine Reisen notwendig machten, aber auch, wenn er zu Hause war, zeigte er sich so verändert, daß Lotti sich ernstlich gekränkt fühlte. Sie gab sich jedoch alle Mühe, ihm nicht zu zürnen, sie mußte ihm ja gut sein — hatte er ihr nicht das Leben gerettet?

Nur selten war sie aufgelegt, an ihrer Ausstattung zu arbeiten. Es war eine einförmige Beschäftigung für sie, da nicht die Liebe ihren Glanz darüber warf und jedem Stich ein besonderes Interesse verlieh.

Auch heute wieder schob sie ungeduldig die Arbeit beiseite und verließ das Haus, um einen Spaziergang durch den Park zu machen. Ganz in Gedanken versunken, vergaß sie ihre Furcht vor dem unheimlichen Ort und schritt tiefer in die Wildnis hinein, bis sie sich plötzlich dem alten Hause gegenüber sah. Totenstille umfing sie, aber sie fürchtete sich nicht. Die zerbrochenen Stufen zu der vorderen Terrasse hinaufschreitend, setzte sie sich an dem einen Ende nieder und blickte träumerisch auf die Blumen, die in üppiger Fülle hier blühten, auf die zahmen Vögel und die andern Tiere, welche in dem verlassenen Garten ihr Heim aufgeschlagen hatten. Sie pflückte ein paar Rosen in ihrer nächsten Nähe und nahm ihren Hut ab, so daß die Sonnenstrahlen, die sich zwischen den Bäumen durchstahlen, ihr reizendes Köpfchen beschienen.

„Ein aristokratisches Gesicht", würde ein Kenner bei ihrem Anblick gesagt haben, und es war in der Tat fast unglaublich, daß sie von gewöhnlicher Herkunft sein sollte.

„Ein junges Mädchen, wahrhaftig", murmelte ein Spaziergänger, der durch den Park daher kam, aber noch zu entfernt war, um Lottis Züge zu unterscheiden. „Was mag sie hier tun? Ich glaubte, die Leute mieden den Ort, wie eine Mördergrube."

Es war ein junger Mann, der zweifellos aus Neugierde dem Hause zustrebte. Lotti bemerkte ihn nicht, und als er ganz nahe herangekommen war, schrak er plötzlich zusammen, gab aber keinen Laut von sich, um sie nicht zu erschrecken.

„Sie ist's, sie ist's", sagte er sich in unterdrücktem Jubel, „oder sollte ich in einem schönen Traum befangen sein? Nein, es ist Wirklichkeit, sie ist es selbst."

Geräuschlos schlich er dicht an Lotti heran und diese hatte noch keine Ahnung von seiner Nähe, als sie plötzlich eine Stimme, die sie sicher schon einmal gehört zu haben glaubte, in leidenschaftlichem Tone sagen hörte:

„Endlich! — endlich habe ich Sie gefunden!"

Erschreckt blickte Lotti auf. Sie hatte sich ganz allein geglaubt, und in solch seltsamer Weise von einer Person angeredet zu werden, die aus der Erde gewachsen zu sein schien, war zum mindesten überraschend. Der Fremde, wer er auch sein mochte, mußte hinter ihr aus dem alten Hause gekommen sein, denn sonst hätte sie doch seine Annäherung bemerken müssen.

„Endlich habe ich Sie gefunden!" Wer war es, der nach ihr gesucht haben wollte? Sie blickte auf und das Gesicht des Eindringlings kam ihr augenblicklich bekannt vor. Zwar erinnerte sie sich nicht, wo sie es gesehen haben konnte, aber diese schönen, offenen Züge, von blonden Haaren umrahmt, waren ihr ganz sicher nicht fremd. Der Herr jedoch verwechselte sie offenbar mit einer andern, und sie mußte ihn schleunigst darüber aufklären.

Ihr hastiges Aufspringen verscheuchte alle Vögel und Schmetterlinge von der Terrasse, die Blumen fielen von ihrem Schoß, aber sie achtete nicht darauf.

„Sie sind im Irrtum, mein Herr", sagte sie so ruhig als möglich, „ich kenne Sie nicht."

„Wirklich nicht? Und ich kannte sie den Augenblick wieder. Ich wollte Sie nicht erschrecken, aber wenn Sie wüßten, daß ich die ganze Zeit über am andern Ende der Welt an Sie dachte, würden Sie mein Ungestüm verzeihen. Ihr holdes Antlitz schwebte mir immer vor Augen, sogar an meines Vaters Sterbebett", fügte er im Tone tiefsten Gefühls bei. „Es zog mich hierher, um Sie zu suchen."

„O, es war ein Irrsinniger, darüber konnte kein Zweifel bestehen, dachte Lotti zu Tode erschrocken.

„Aber Sie irren sich wirklich", sagte sie, sich gewaltsam zusammennehmend. „Sie können mich nie gesehen haben."

Fortsetzung folgt.

voll. Erstens wußte man damals noch nicht, wie sich das Lehrereinkommen bemessen werden würde, zweitens war damals noch nicht die Aufbringung der festen Staatsbeiträge geplant. Die hier gedachten Zuschüsse hatten daher tatsächlich den Charakter der „Ergänzungszuschüsse“ und wie nach den Kommissionsbeschlüssen den „Hauptzuschüsse.“

Welche Bedeutung die sich allerwärts regende Stimmung gegen das neue Gesetz in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse haben wird, ist noch nicht abzusehen. Die Unruhe aber, die sich der verantwortlichen Vertreter der mittleren und kleineren Städte bemächtigt hat, ist begründet. Sind doch für ihre Gemeinden Einnahmeposten in Frage gestellt, die für das laufende Rechnungsjahr im Rahmen einer ordnungsmäßigen Finanzwirtschaft gar nicht aufzubringen sind die sie voraussichtlich zwingen werden, für die Zukunft die Zuschläge zur Einkommensteuer um 40, 50, 60 Prozent und mehr zu erhöhen. Und diese Besorgnis wird sich, sobald diese unheilvolle Sachlage erst in die weiteren Schichten der städtischen Bevölkerung eingedrungen ist, in alle Kreise der Bürgerschaft fortpflanzen und eine allgemeine Unzufriedenheit erwecken. Denn all die schwer um ihre Existenz kämpfenden kleinen Gewerbetreibenden, die Kaufleute, die Handwerker, die Arbeiter, sie werden nicht verstehen, daß ihnen, um einer Berufsklasse, den Volksschullehrern, so große finanzielle Vorteile zu gewähren, so große Opfer auferlegt werden sollen.

Die städtische Bevölkerung ist nach alledem berechtigt, sich mit allen loyalen Mitteln gegen die neue finanzielle Belastung zu wehren, die ihr durch die Kommissionsbeschlüsse zugemutet wird. Denn diese erdrückende Last bedeutet für viele mittlere und kleine Städte, wenn nicht den finanziellen Ruin, so doch wenigstens auf lange Jahre hinaus einen Stillstand ihrer gesamten kommunalen Entwickelung. Alle Maßnahmen zur Sanierung der Städte, alle Wohlfahrtseinrichtungen, alle Verschönerungen, jeder weitere Ausbau ihrer sonstigen Bildungs- und Schulanstalten, kurzum, alle Aufgaben, die einen Fortschritt in der Kultur bedeuten, sie werden zurückgedrängt werden müssen, um der einen Forderung genügen zu können.

Ganz besonders aber muß noch hervorgehoben werden, daß gerade das Volksschulwesen in den mittleren und kleinen preußischen Städten am meisten unter diesen ungünstigen Verhältnissen leiden wird, denn wenn diese finanzschwachen Gemeinden alle nur irgendwie verfügbaren Mittel für die erhöhte Lehrerbesoldung verwenden müssen, so haben sie keine Möglichkeit mehr, weitere Ausgaben für Vermehrung des Lehrpersonals, notwendige Schulbauten und sonstige Verbesserungen in ihrem Volksschulwesen zu machen.

Um diese Gefahr zu verhüten, müssen alle verantwortlichen Organe der Städte, muß jeder Bürger das seine dazu tun, daß der Entwurf zum neuen Lehrerbesoldungsgesetzt nicht in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse, seine staatliche Sanktion erhält.

Die Gemeinden können dies, soweit nicht bereits geschehen, durch Petitionen an die Königliche Staatsregierung und den Landtag und jeder einzelne Bürger durch Einwirkung auf seinen Abgeordneten tun.

Wenn dann das Gesetz in einer anderen Form gegossen werden muß, so möge einesteils auf die berechtigten Ansprüche der Lehrerschaft und anderenteils auf die große Zahl der finanziell schwachen, mittleren und kleinen Gemeinden Rücksicht genommen werden. Es wird eine Formel gefunden werden können, die diese Aufgabe löst, wenn man von prinzipiellen Gesichtspunkten in der Lehrerbesoldungsfrage absieht, und sich darauf beschränkt unter Berücksichtigung ihrer Stellung als Staats- und Gemeindebeamte und in Anschluß an die hierdurch historisch gewordene Entwickelung ihrer Einkommensverhältnisse, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern sucht.

Deutsches Reich.

Katholikenversammlung 1909.

Wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet hat das provisorisch gebildete Komitee zur Vorbereitung des in diesem Jahre in Breslau stattfindenden deutschen Katholikentages zum Vorsitzenden des Lokalkomitees Justizrat Dr. Porsch gewählt, der die Wahl auch annahm. Justizrat Dr. Porsch teilte die Antwort des Breslauer Magistrats mit, die auf das Gesuch des provisorischen Komitees ergangen ist und die lautet, daß der Magistrat bereit ist, auf dem südlich von der Grüneicher Chaussee gelegenen Teile des früheren Pferderennplatzes in Scheitnig das zum Bau einer Festhalle notwendige Land zur Verfügung zu stellen.

Zur Reichsfinanzreform.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt offiziös: Die in der letzten Zeit in der Presse aufgetauchte Nachricht, die Reichsregierung sei geneigt, in der Frage der Nachlaßsteuer ihre Stellung zu ändern, wird an zuständiger Stelle als durchaus unzutreffend bezeichnet. Die Reichsregierung hält vielmehr an der Nachlaßsteuer fest. Sollte diese im Rahmen der Reichsfinanzreform im Reichstag keine Annahme erhalten, so wird es den Parteien, die sie ablehnen, überlassen werden, einen Ersatz dafür zu finden. Sie werden auch die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn es alsdann nicht gelingt, bei der jetzigen Reichsfinanzreform die wirtschaftlich durchaus notwendige Scheidung zwischen den Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten herbeizuführen, oder wenn die direkt oder indirekt in Form von Matrikularbeiträgen dem Vermögen aufgebürdeten neuen Lasten eine Verteilung bringen werden, die durchaus nicht in der sorgsamen Weise, wie es die von der Regierung vorgeschlagene Nachlaßsteuer beabsichtigt, vorweg die stärkern Schultern unter besonderer Schonung des Grundvermögens treffen wird.

Interessante Wertschätzung von Arbeitskräften.

Es ist ein altes Lied und bleibt doch ewig neu, daß geistige Arbeitskräfte oft so minimal gewertet werden, daß man füglich nur mehr von Mindereinschätzung reden kann. Eine Gegenüberstellung möge den Beweis hierfür liefern. In der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure (Nr. 4) ist nachstehendes Inserat zu lesen:

„Physik. elektrotechn. Institut der Handels-Hochschule in Cöln. Dr.-Ing. als Assistent gesucht zur Unterstützung des Professors in Vorlesungen und Laboratorium-Uebungen. Reflektant muß in phys. und elektrotechn. Laboratorium einer technischen Hochschule gearbeitet haben und allgemeine technologische Kenntnisse besitzen. Spätere Habilitation nicht ausgeschlossen. Gehalt: 1. Jahr 1200 M., 2. Jahr 1300 M., 3. Jahr 1800 M. Eintritt: 1. April. Meldungen an das Institut mit Angabe der persönlichen Verhältnisse.“

In der Pfälzischen Presse sucht die Stadt Kaiserslautern

„zum alsbaldigen Dienstantritt für die westliche Herde einen kundigen, durchaus zuverlässigen und nüchternen Schweinehirten. Die Einkommenbezüge dieses Hirten belaufen sich bei dem derzeitigen Viehstande auf rund 1200 bis 1300 Mk. pro Jahr.“

Dem Schweinehirten gönnen wir ja von Herzen sein Gehalt. Wir freuen uns auch, daß er außerdem von der betreffenden Stadt ein Aeckerchen zum Anbau erhält, daß er ferner den ganzen Dienstag frei hat, während welchen Tages er sich am Markt einiges „Taschengeld“ verdienenen kann. Dagegen, so spottet die Augsb. Postztg weiter, beneiden wir einen Diplom-Ingenieur, der bereits prakt sch tätig war, der sich ferner den Doktorgrad unter der größter Anstrengung seiner geistigen, körperlichen und materiellen Kräfte erworben hat, der endlich alle nur möglichen Kenntnisse als Gratisbeigabe besitzen muß, absolut nicht um ein Gehalt von 1200 Mark, das im 3. Jahre seiner Anstellung auf 1800 Mk steigt.

§ **Berlin**, 2. Febr. Der von dem sozialdemokratischen, Hirsch-Dunckerschen und polnischen Verbande veranstaltete Bergarbeiterkongreß nahm einstimmig eine Erklärung an, in der eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung der Grubenkontrolle unter voller Zusicherung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Arbeiterkontrolleure verlangt wird. Die Arbeiterkontrolleure sollten, um Unabhängigkeit, Selbständigkeit und eine ständige Aufsicht zu ermöglichen, nicht im Arbeitsverhältnis zu den Zechen stehen, aus direkter und geheimer Wahl hervorgehen und allein und zu jeder Zeit eine Grubenbefahrung vornehmen können. Auf je 2000 Mann Belegschaft müsse ein vom Staat besoldeter Arbeiterkontrolleur entfallen. Wahlberechtigt solle jeder großjähriger Arbeiter, wählbar jeder Arbeiter sein, der fünf Jahre Hauer und ein Jahr auf einem Werke oder im Bereich des Inspektionsbezirk auf Gruben beschäftigt war. Beschwerden und Mitteilungen der Arbeiterkontrolleure über Mißstände auf den Zechen müßten von der Bergbehörde jeder Zeit Berücksichtigung finden.

§ **Berlin**, 1. Febr. Das heute unter dem Vorsitze des Herrenmeisters des Johanniterordens, des Prinzen Eitel Friedrich, abgehaltene Kapitel beschloß die Errichtung eines Johanniterkrankenhauses in Südwestafrika.

§ **Bingen**, 2. Febr. Die Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Bingen-Alzey hat heute den Stadtrechner Uebel (Duisburg) als Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl aufgestellt.

Ausland.

Holland.

Das Schiedsgericht in der deutsch-französischen Marokkoangelegenheit.

* **Rotterdam**, 2. Febr. Der französische und der deutsche Gesandte im Haag reichten heute beim Bureau des Schiedsgerichts die für die Parteien, die Schiedsrichter und das Gericht bestimmten Denkschriften über die Casablanca-Angelegenheit ein. Von einem Aufschub der Verhandlungen, von dem man vor kurzem sprach, ist nicht die Rede.

Amerika.

Von Venezuela.

* **Caracas**, 2. Febr. Der Minister des Innern, Alcantara, beauftragte den Generalstaatsanwalt Pareja, Castro wegen Anstiftung zur Ermordung des Präsidenten Gomes zu verfolgen.

Die Krise im Orient.

* **Konstantinopel**, 2. Febr. Während gestern in Kreisen der türkischen Presse Kriegsbesorgnisse herrschten, sprechen die heutigen Morgenblätter zuversichtlicher über eine friedliche Beilegung der türkisch-bulgarischen Differenzen, deren Regelung sie mit Rücksicht auf die Haltung der Pforte und die Schritte der Mächte erwarten.

* **Konstantinopel**, 2. Febr. Der Ministerrat hat in einer heute abgehaltenen Konferenz eine Note aufgesetzt, in welcher die Türkei ihre letzten Bedingungen für die Verhandlungen mit Bulgarien formuliert. Als Grundbedingungen wird die Einstellung der bulgarischen Kriegsrüstungen verlangt. Die Note wird morgen oder übermorgen den Signatarmächten des Berliner Vertrages zugestellt werden. Sodann gelangte das hier eingetroffene Protokoll der türkisch-österreichischen Verhandlungen zur Verlesung. Wie verlautet, hat Oesterreich alle Punkte angenommen mit Ausnahme des Artikels über die Auswanderung der Mohamedaner. Der Großvesir erklärte, er hoffe, auch diese Schwierigkeit bald zu beseitigen.

Ueber die neueste russische Note an die Türkei erklärte der Großvesir, die Türkei könne sich mit den darin enthaltenen Entschädigungsvorschlägen nicht begnügen. Die Regierung werde in diesem Sinne die russischen Vorschläge beantworten.

* **Saloniki**, 3. Febr. Die ‚Frkf. Ztg.‘ meldet: Zahlreiche griechische Komitadschi landeten in Kassandra; sie griffen bereits türkische Bewohner an. Man verlangt aus Saloniki Waffen zur Verteidigung. Größte Erbitterung verursachte die offizielle Nachricht, daß die bulgarische Regierung an ihre regulären Truppen an der Grenze Melinitbomben verteilte.

* **Konstantinopel**, 2. Febr. Der Großvesir hat gestern dem österreichisch-ungarischen Botschafter Markgrafen Pallavicini mitgeteilt, daß alle Schwierigkeiten bezüglich des Boykotts behoben seien. Die Chefs der Lastträger beschlossen gestern, die Aufnahme der Arbeit und in den Zeitungen zu veröffentlichen, daß sie durch die Entente befriedigt seien. Die Veröffentlichung wird morgen erfolgen.

Luftschiffahrt.

* **Berlin**, 2. Febr. Zur Uebernahme des Zeppelin I reisten gestern Major Groß, der Kommandeur der Luftschifferabteilung, und Hauptmann v. Jena nach Friedrichshafen ab. Ein Kommando des Luftschifferbataillons begab sich bereits vor einigen Tagen nach Friedrichshafen.

* **Berlin**, 2. Febr. Der Aviatiker Armand Zipfel hat heute auf dem Tempelhofer Felde vor einer vieltausendköpfigen Zuschauermenge bis 4 Uhr vier erfolgreiche Flugversuche unternommen. Der erste Flug hatte eine Länge von 1000 bis 1200 Meter und eine Höhe bis zu 30 Meter, die zweite eine Länge von 700 und eine Höhe bis zu 20 Meter. Der dritte Flug wurde einmal dadurch unterbrochen, daß der Apparat die Erde berührte. Der erste Teil des Fluges war 400, der zweite 880 Meter lang, die erreichte Höhe betrug 18 Meter. Beim vierten und letzten Flug schwebte der Apparat über eine Strecke von 600 Meter, die er in einer Höhe von 16 Meter zurücklegte. Der Wind kam aus Südwest und hatte in 20 Meter Höhe eine Stärke von 13 Sekundenmeter. Die Flüge fanden alle in südwestlicher Richtung statt und bogen dann nach Westen um.

Gerichtssaal.

? **Münster**, 1. Febr. Die hiesige Strafkammer verurteilte den früheren Rendanten der Spar- und Darlehnskasse in Beelen, Meyer, wegen der seiner Zeit gemeldeten Unterschlagung von 12,000 M. der ihm anvertrauten Gelder zu sechs Monaten Gefängnis. Strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß M. aus Not, in die er durch Krankheit in der Familie gekommen war, gehandelt habe.

? **Oberhausen**, 1. Febr. Wegen Milchpantscherei wurde vom hiesigen Amtsgericht die Ehefrau des Landwirts Verholt mit 300 M., deren Dienstmagd mit 30 M. und der Händler Lücker aus M.-Styrum mit 100 M. Geldbuße belegt. Einige Proben der von den Genannten in den Handel gebrachten Milch wiesen einen Wasserzusatz bis zu 41 Prozent auf.

? **Düsseldorf**, 1. Febr. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der frühere Direktor der Waschpulverfabrik „Eureka“, Oskar Hänichen in Reisholz, unter der Anklage der Unterschlagung einer Summe von 113 000 M., sowie der Vernichtung von Geschäftsbüchern zu verantworten. Der Genannte hatte sich in 2 Jahren vom Handlungsgehilfen zum Leiter des genannten Unternehmens emporgeschwungen, war dann aber im August 1908 mit dem Eigentümer des Unternehmens, Rentier Alexander Völling in Köln in Differenzen geraten. Namentlich, um sich die Rechte aus seinem Kontrakte zu sichern, entnahm er zur genannten Zeit, als er krank wurde, der Kasse 113 000 M., auch nahm er bei seinem Weggange mehrere Geschäftsbücher mit. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Provinzielle Nachrichten.

):(**Lowick**, 2. Febr. Das silberne Amtsjubiläum des Herrn Lehrers Hüsener fand neben der Schulfeier, über die bereits berichtet ist, auch von seiten der Kollegen, Kolleginnen und Freunde des Jubilars eine besondere Würdigung, indem sich alle zu einer kleinen Feier versammelten, um dem allerseits beliebten Lehrer die herzlichsten Glückwünsche darzubringen. Auch von auswärts liefen viele Glückwunschschreiben ein. Die dem Jubilar von allen Seiten gewordene Ehrung legt Zeugnis ab, wie sehr er es verstanden, die Hochschätzung und Liebe der Gemeinde und auch weiterer Kreise sich zu erwerben.

s **Rhede**, 2. Febr. Der Gesellenverein brachte heute im Hengstermannschen Saale das historische Drama „Andreas Hofer“ zur Aufführung. Wie zu erwarten, war der Saal bis zum letzten Platz besetzt. Die Aufführung gelang prächtig und erzielte einen vollen Erfolg. Die Leistungen der einzelnen Darsteller, besonders der Inhaber der Hauptrollen verdienen alle Anerkennung. Das Publikum zeigte sich denn auch hoch befriedigt und spendete reichlichen Beifall. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag und Montag das schöne Werk nochmals wiederholt wird.

)(**Barlo**, 3. Febr. Die landespolizeiliche Abnahme der Haltestelle Barlo findet am kommenden Freitag, den 5. Febr., nachm. 1½ Uhr, dahier statt.

)|(**Anholt**, 2. Febr. Die heutige erste Aufführung des Oratoriums „Die hl. Maria“ ist in jeder Hinsicht gut gelungen. Was den gesanglichen Teil anbelangt, so verdienen die Rezitative, vorgetragen von Herrn Bernsen; die mächtigen gemischten Chöre, das Duett, Barttonsolo mit Mädchenstimmen und Violonbegleitung, gesungen von Herrn Fr. Heveling, das Tenorsolo, vorgetragen von Herrn H. Thüß mit anschließendem gemischten Chor, das Baßsolo, gesungen vom Herrn Holt mit folgendem Chor, ganz besonders aber die herrlichen Knabenchöre, und das so zart und innig von gut geschulten Mädchenstimmen vorgetragene „Wiegenlied der Mutter Gottes“ vollste Anerkennung, ja uneingeschränktes Lob. Im 5. Teile der Aufführung „Maria die Schmerzensmutter“ erfüllten uns die zarten und wehmütigen Klängen der Instrumente und des Gesanges mit Schmerz und Mitleid, dem dann im 6. Teile „Mariä Himmelfahrt“ nicht endenwollender Jubelgesang folgte, der endlich im brausenden Schlußchor mit Klavierbegleitung den Höhepunkt erreichte. Dem unermüdlichen Leiter des Gesanges, Herrn Lehrer Mauve und allen Sängern und mitwirkenden Kräften sind wir sehr dankbar für den unvergleichlich kostbaren Genuß, den sie uns bereitet haben. Auch die lebenden Bilder gelangen prächtig. Herr Heßing von hier, der die Bilder stellte, hat uns schon manchmal durch seine herrlich gestellten lebenden Bilder erbaut und erfreut; aber, was er diesmal leistete, überragte weit die kühnsten Erwartungen. Es würde zu weit führen, wollte man die Bilder einzeln beschreiben und beurteilen. Man komme selbst, und man wird staunen. Die zweite Aufführung findet am nächsten Sonntage statt.

* **Telgte**, 1. Febr. In vergangener Nacht wurde durch eine Explosion die hiesige Gasanstalt vollständig zerstört. Die Nachbarhäuser sind stark beschädigt. — Eine weitere Nachricht besagt: Die Gasanstalt bietet ein Bild der Verwüstung dar. Das ganze Gebäude ist dem Erdboden gleichgemacht, während der Kessel mit klaffendem Riß in die Lüfte ragt. An den Nachbarhäusern wurden alle Scheiben eingedrückt, die Dächer abgerissen. Die Telegraphendrähte hängen in Stücken auf die Erde nieder, in einem Umkreise von 500 Meter liegen Holzstücke, Asphalt und Steine umher. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der Gasmeister hatte kurz vorher die Anstalt verlassen und blieb so vor Schaden bewahrt. Er hatte alles in Ordnung befunden und kann sich das Unglück nicht erklären. — Das Unglück ist für unsere Stadt ziemlich unangenehm, da die Stadt wie auch fast sämtliche Privathäuser Gasbeleuchtung hatten, die jetzt auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung der Gasanstalt notdürftig ersetzt werden muß. Der angerichtete Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache ist bisher noch nicht aufgeklärt.

* **Hagen i. Westf.**, 1. Febr. Im Streite erstochen wurde gestern der hier wohnende 51 Jahre alte italienische Arbeiter Debarba von einem 21jährigen Italiener namens Zelli. Beide waren in einen Wortwechsel geraten, in dessen Verlauf Debarba einen Stich ins Herz erhielt und kurz darauf starb. Der Täter wurde verhaftet.

* **Kalk**, 2. Febr. In einem hiesigen Fabrikbetriebe kam es heute früh zwischen zwei an gemeinsamer Arbeitsstelle beschäftigten Arbeitern zum Streit. Beide ergriffen in ihrer Wut schwere Rangierhölzer und schlugen aufeinander los. Der eine wurde von einem solch wuchtigen Hieb über den Schädel getroffen, daß er bewußtlos zusammenbrach und kurz darauf im Krankenhause seiner schweren Verletzung erlag. Der Täter, ein verheirateter Mann aus Köln, wurde verhaftet.

* **Mettlach**, 1. Febr. Ueber dem Mettlacher Tunnel entstanden infolge der Einstürze Hohlräume im Gebirge, in denen durch einsickerndes Wasser kleinere Abbröckelungen erfolgten. Jetzt fand man einen Hohlraum von 77 Meter Länge und 8 Meter Höhe, der nach oben eine natürliche Wölbung hat. Der Hohlraum wird zunächst mit Gebälk und Brettern ausgezimmert und dann durch Steine und Erde ausgefüllt. Eine Anzahl eingebauter Stollen schützen den Tunnel.

* **Soest**, 3. Febr. „Ein feines Geschäft“ machte der Konkursverwalter der Soester Spar- und Kreditbank mit dem Verkauf von 107 zur Konkursmasse gehörenden Aktien der Aktien-Mälzerei, vorm. Jul. Sommerkamp, zu Soest. Zwei der auf 1000 M. lautenden Aktien wurden für 210 M., die übrigen 105 für 205 M. öffentlich meistbietend verkauft. Die Bank Gerson kaufte den größten Teil der Papiere.

* **Wesel**, 1. Febr. Ein 9jähriger Knabe fiel hier auf dem Eise so unglücklich auf den Hinterkopf, daß Herzlähmung eintrat, und der Tod sofort folgte.

* **Duisburg**, 2. Febr. Die Bevölkerungszahl, die im vergangenen Jahre außer im Monat September eine ständige Vermehrung zu verzeichnen hatte, ist im Dezember um 1269 Personen zurückgegangen, sie betrug am 1. Januar nur noch 214 583 gegen 215 852 am 1. Dezember 1908.

* **Mülheim (Ruhr)**, 2. Febr. Der Leutnant Leitsmann vom Infanterie-Regiment 159 ist erschossen in der Kaserne gefunden worden. Gründe für einen Selbstmord sind unbekannt, die Täterschaft eines andern ist aber ausgeschlossen.

* **Düsseldorf**, 2. Febr. Ein hiesiger Fabrikant erhielt vor einigen Tagen einen anonymen Drohbrief, in welchem er aufgefordert wurde, unter einer angegebenen Adresse 300 M. in einem Briefe postlagernd niederzulegen, andernfalls er ein Revolverattentat zu gewärtigen hätte. Der Fabrikant benachrichtigte die Kriminalpolizei, der es gelang, den Erpresser in der Person eines stellenlosen Kaufmanns von hier heute in dem Augenblick abzufassen, als er den Brief auf dem Hauptpostamte abholen wollte. In seinem Besitze wurde ein Revolver vorgefunden.

* **Vechta**, 2. Febr. Im benachbarten Dinklage brach gestern abend Feuer aus. Da alles Wasser zugefroren war und die Löscharbeiten